



Nr. 61 | 26.07.2022

Belarus-Analysen

Politische Emigration und Diaspora

■ ANALYSE	
Entwicklungen in der belarusischen Diaspora 2020	2
Henadz Korshunau (Zentrum für Neue Ideen, Warschau)	
■ ANALYSE	
Die Wissenschaft in Belarus zwischen Repression und Emigration	7
Roza Turarbekava (Expertin für Politik in Eurasien und Aktivistin der Freien Gewerkschaft der Mitarbeiter*innen der Belarusischen Staatlichen Universität)	
■ UMFRAGEN	
Belarus*innen in Polen:	
Haltung zum Krieg, Hilfe für die Ukraine, Diskriminierung (Mai 2022)	12
■ DEKODER	
Die belarusische Diaspora: Erneuerte Solidarität	15
Tatsiana Kulakevich (University of South Florida)	

ANALYSE

Entwicklungen in der belarusischen Diaspora 2020

Henadz Korshunau (Zentrum für Neue Ideen, Warschau)

DOI: 10.31205/BA.061.01

Zusammenfassung

In dem Beitrag werden auf der Basis von Tiefeninterviews die Entwicklungsphasen der belarusischen Diaspora im Jahr 2020 herausgearbeitet. Es werden die wichtigsten Transformationsvektoren identifiziert, unter anderem die Herauslösung der belarusischen Diaspora aus der postsowjetischen Emigrationsgemeinschaft, das Entstehen eines positiven Images von den Belarus*innen als Nation, eine zunehmende Mobilisierungsfähigkeit und -bereitschaft der belarusischen Gemeinschaft in der Emigration und eine Politisierung der belarusischen Diaspora, in deren Zuge sich jetzt neue Formen der (Selbst)Organisation entwickeln.

Wir können auf eine langjährige Evolution der Belarus*innen im Ausland zurückblicken. Die belarusische Diaspora wurde im Zuge mehrerer großer Emigrationswellen aus Belarus gestärkt. Sie ist in den meisten Ländern der Welt in recht großer Anzahl vertreten, doch war es bis vor kurzem noch so, dass die Diaspora wenig Anlass bot, sie als eigenständiges Gemeinwesen oder relevantes Subjekt wahrzunehmen. Hierfür gibt es eine ganze Reihe Gründe: die Erfahrung der »gemeinsamen sowjetischen Vergangenheit«, der aktuelle spezifische Zustand des belarusischen Staates, die Besonderheiten der offiziellen Beziehungen zwischen der Republik Belarus und den Belarus*innen im Ausland, die Nuancen in den Beziehungen zwischen Vertretern der verschiedenen Emigrationswellen sowie die Eigenheiten der nationalen Mentalität (die nicht zu einer aggressiven Selbstbestätigung neigt). Die komplexen Ereignisse des Jahres 2020 haben jedoch dazu geführt, dass die Auslandsbelarus*innen einen qualitativ neuen Zustand erreichten, organisatorisch, in ihrem Handeln und emotional.

Zu diesen Ergebnissen sind wir auf der Grundlage einer qualitativen Studie gekommen, die im Mai 2021 durchgeführt wurde. Im Rahmen der Untersuchung wurden 16 Tiefeninterviews mit Belarus*innen durchgeführt, die das Land vor 2020 verlassen hatten (sie lebten nun in Deutschland, Israel, Kanada, Zypern, Lettland, Neuseeland, Polen, Russland, den USA, der Türkei, Tschechien und Schweden; die Dauer der Emigration betrug zwischen einem und über 20 Jahren; bei den Zita-

ten werden die Respondenten per Aufenthaltsland und Dauer der Emigration repräsentiert). Die Studie sollte vor allem die Entwicklung der belarusischen Diaspora im Zuge der Ereignisse von 2020 herausarbeiten.

Die Analyse der Antworten ergab, dass der wichtigste Transformationsfaktor für die belarusische Diaspora in der Abfolge des Geschehens in Belarus bestand. Aufgrund dieser Ereignisse lassen sich die Entwicklungsphasen der Auslandsbelarus*innen abgrenzen.

Entwicklungsphasen der belarusischen Diaspora

I. Ausgangspunkt ist die »Phase null«, die Mitte der 2010er Jahre begann und bis Anfang 2020 anhielt. In dieser recht langen Phase erfolgte eine ganz allmähliche und latente Zunahme der horizontalen Verbindungen, ein Bewusstwerden der eigenen Kräfte und der Möglichkeiten für eine nicht an den Staat gebundene Gesellschaft.

»Ich denke, dass der Zünder für die letzte Welle [der Entwicklung der Diaspora; d. Autor] die Ereignisse 2014 in der Ukraine waren [...] Danach kam eine ganze Reihe phänomenaler historischer Ereignisse und Faktoren hinzu. Zuerst 2017 diese Ungerechtigkeit, der Erlass gegen die Schmarotzer¹ und die Massenaktionen [dagegen]. 2018 der hundertste Jahrestag der BNR² und [...] die Demonstration von 50.000 bei der Oper. Ein Jahr später geschieht etwas Ungeheuerliches, es werden die Leichen der Aufständischen gefunden; 2019 wird Kalinauskis³ in Wilno begraben, phan-

1 Gemeint ist der Präsidialerlass Nr. 3 »Über die Verhütung des Missbrauchs sozialer Versorgung«, dem zufolge jeder, der ein halbes Jahr ohne Arbeit war, eine Geldstrafe von umgerechnet rund 200 Dollar zu zahlen hat.

2 Die am 25.03.1918 ausgerufene Belarusische Volksrepublik (BNR) war der erste belarusische Nationalstaat. Oppositionelle und demokratische Kräfte haben stets versucht, alles im Zusammenhang mit der BNR populär zu machen, während das Regime Lukaschenka die BNR aus dem nationalen historischen Narrativ zu streichen versuchte. Im Zuge der »milden Liberalisierung und Hinwendung zum Nationalen« nach den Ereignissen von 2014 in der Ukraine erlaubte die belarusische Regierung 2018 erstmals offiziell Feierlichkeiten zum Jubiläum der BNR. Eine Demonstration mit 50.000 Teilnehmenden vor der Minsker Oper wurde zur teilnehmerstärksten Veranstaltung der prodemokratischen Kräfte, die nicht von den Sicherheitskräften des Regimes auseinandergejagt wurde.

3 Kastus Kalinauskis ist ein belarusischer Nationalheld und einer der Anführer eines gegen das Regime der russischen Zaren gerichteten Aufstands 1863 auf dem Gebiet der heutigen Belarus, Litauen und Polen. Seine sterblichen Überreste wurden 2017 (zusammen mit denen ande-

tastisch [...] Sechs Jahre beschleunigter Evolution des Selbstbewusstseins» (Tschechien, 26 Jahre).

Hier sei angemerkt, dass die beschriebenen Trends sowohl für die Auslandsbelarus*innen als auch für die Menschen in Belarus zutreffen.

- II. Mit Beginn der Corona-Pandemie und deren Gefahren wurde die belarusische Diaspora aktiver und trat aus ihrem latenten Zustand heraus – es begann die »Corona-Phase« in der Entwicklung der Diaspora. Das war eine Zeit der primären Solidarisierung, einer Anreicherung der Beziehungen innerhalb der Diaspora, wie auch nach Belarus. Dieser Aufschwung der Solidarisierung war eine der nationalen Antworten auf die »Covid-Dissidenz« der Regierung, also deren Leugnung und Ignorierung der Pandemie. Im Kern erfolgte eine Intensivierung der horizontalen Verbindungen zwischen Angehörigen der belarusischen Diaspora mit dem Land selbst. Es wurde einer Reihe verschiedener Wege der Kommunikation, der Organisation und der Hilfe für Belarus aufgebaut. Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser Phase war das Bewusstsein, welche Potenziale eine flächendeckendere, horizontal strukturierte belarusische Zivilgesellschaft angesichts des schwindenden Vertrauens in das belarusische Regime in sich birgt.

»[...] tatsächlich war diese Geschichte mit Covid-19 verblüffend, dieses »Trecker, Sauna, Wodka«.⁴ Das waren die ersten Glöckchen von dem, was dann im August geschah. Die läuteten bereits im März, als sehr viele Menschen sammelten und spendeten, um das medizinische Personal mit persönlicher Schutzkleidung zu versorgen. Damals konnte man schon ahnen, dass die Leute im Grunde verstehen, dass von ihnen recht viel abhängt, dass auch das schon etwas bedeutet« (Russland, 13 Jahre).

- III. Die »Wahlphase« begann mit der Ansetzung der Präsidentschaftswahlen und der Nominierung alternativer Kandidat*innen, die tatsächlich relevant waren. Das wohl wichtigste Merkmal dieser Phase waren ein starker Anstieg der Emotionen, Hoffnungen auf Veränderungen in Belarus und der Glaube, dass ein Sieg über das Regime möglich sei. Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass in dieser Phase die

Voraussetzungen für ein neues, emotionsgeladenes und bedeutsames Gefühl eines »kollektiven WIR« entstanden, wodurch die Bindungen von Angehörigen der belarusischen Diaspora zum Land selbst gestärkt wurden.

*»Das wurde ab Mai spürbar. Der aktive Wahlkampf. Babarika⁵, die Verhaftung von Jewa⁶, die Sache mit der Belgazprombank... Die Reaktionen auf das, was sich nun in Belarus abzuspielen begann. Denn sowas hatte es noch nie gegeben. Die Menschen reagierten nun. Ein solches Gefühl hatte es weder 2010 noch 2015 gegeben... Es tauchten plötzlich ganz andere Leute auf, andere Kandidaten, und das war es, worauf die Leute reagierten, in Belarus und außerhalb des Landes... Und mit dieser Art Leuten konnten sich die Menschen identifizieren, das waren Städter, die sich in ihrem Beruf bewährt hatten. Die singen keine traurigen Lieder über die heimischen Gefilde. Sie bringen etwas mit, was bei der Generation der hochqualifizierten Berufstätigen, der modernen Belarus*innen, die am globalisierten Leben teilhaben, auf Resonanz stößt« (USA, 15 Jahre).*

»Wir zum Beispiel hatten gar nicht geplant, hinzufahren und an den Wahlen teilzunehmen, weil wir dachten, dass es wohl so wie 2015 werden würde, und es nicht viel Sinn hat. Als es aber zu brodeln begann, machten sich sehr viele Leute auf den Weg und fuhren nach Ottawa, um ihre Stimme abzugeben, wohl aus Hoffnung, oder einfach, weil sie so ein Gefühl des Zusammenhalts hatten« (Kanada, 10 Jahre).

- IV. Der wichtigste Abschnitt war die »August-Phase«, die mit den Ereignissen vom 9. bis 12. August begann und dann einige Monate andauerte. Diese Augusttage waren extrem intensiv und angereichert, wie einer der Respondenten hervorhob:

*»Erst die Wahlen – so, wie sie abgelaufen waren. Und dann der zweite Teil, was nach nach der Verkündung der Ergebnisse geschah. Und als drittes, wie die Gesellschaft der Belarus*innen darauf reagierte, und wie sich die belarusische Führung dazu verhielt« (Deutschland, 20 Jahre).*

Hier war weniger die Konfrontation zwischen dem Regime und den Protestierenden bestimmend,

rer Aufständischer) bei Ausgrabungen gefunden und 2019 als solche identifiziert. Daraufhin fand in Vilnius eine feierliche Umbettung statt.

4 Ein Meme, das auf den Vorschlag Lukaschenkas zurückgeht, das Corona-Virus mit diesen höchst untraditionellen Heilungsmethoden zu bekämpfen.

5 Wiktar Babarika war ein populärer Politikeinsteiger und Anführer der nichtregistrierten Partei *Rasam* (dt.: »Zusammen«). Er galt als einer der aussichtsreichen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2020. Er wurde vor seiner offiziellen Registrierung als Kandidat vom Regime festgenommen und nach einem fabrizierten Prozess zu 14 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Menschenrechtsorganisationen haben ihn zu einem politischen Gefangenen erklärt.

6 Jewa ist ein Werk von Chaim Suzin (frz.: Chaime Soutine), eines bekannten Malers belarusisch-jüdischer Herkunft. Im Juni 2000 wurde es beschlagnahmt und als Beweismittel Bestandteil der Unterlagen zum Strafverfahren gegen Wiktar Babarika. Nach ihrer »Verhaftung« wurde Jewa in einer Vielzahl von Bildern neu dargestellt (hinter Gittern, in Häftlingskleidung, zusammen mit OMON-Milizionären), die bei verschiedenen Attributen und Kleidungsstücken verwendet wurden. Sie entwickelte sich zu einem Symbol des Widerstands gegen das Regime in Belarus.

sondern vielmehr der grundlegende Antagonismus der Formen ihrer (Selbst)Repräsentation, die als höchst offenherzige Manifestation zweier Pole auf der moralischen und ethischen Skala wahrgenommen wurden – als Verkörperung des Bösen und des reinen Guten.

Wichtig ist hier, dass diese Wendung der Ereignisse nur aufgrund der Digitalisierung, der horizontalen Kommunikation, der sozialen Netzwerke und Telegram-Kanäle möglich wurde. Sie sorgten dafür, dass »der Fall Belarus« auf die weltweite Nachrichtenagenda gelangte. Und sie vermittelten ein intensives Gefühl, an dem Geschehen in Belarus beteiligt zu sein.

»Das Geschehen, dass sich im August und im Herbst entwickelte... Schwer zu sagen, was das für ein konkretes Ereignis war. Ich erinnere mich nur, dass ich drei Tage lang meine Verwandten, meine Eltern, nicht erreichen konnte; ich verstand überhaupt nicht, was da vor sich geht. Es gab nur, sagen wir mal so, schreckliche Videos, schreckliche Nachrichten, die nicht bestätigt wurden, weil nichts funktionierte. [Ich hatte Angst] um meine Verwandten und wegen dem, was dort allgemein vor sich ging. Weil es keine Informationen gab; und dann stellte sich heraus, dass alles tatsächlich so gewesen ist« (Lettland, 1,5 Jahre).

*»[...] als die Menschen in aller Welt, und auch die Belarus*innen in aller Welt, [das] sahen. Wie die Belarus*innen auf die Straßen gingen, trotz des Risikos, dass sie geschlagen und verhaftet werden, und dass man sie foltern würde [...] Als sie das gesehen hatten, haben die Leute einfach Mut gefasst. Und es gab den Leuten auch ein Gefühl des Stolzes, dass sie aus Belarus sind, dass sie zu diesem Volk gehören, das jetzt vor den Augen der ganzen Welt so mutig handelt. Und es machte den Leuten natürlich Mut, das offen zu sagen, wenigstens auf Facebook zu sagen: wir sind auch Belarus*innen, wir sind auch aus diesem Land« (Türkei, 36 Jahre).*

Nachdem die Diaspora alle obengenannten Phasen durchlaufen hatte, war sie tatsächlich zu einem neuen Format ihrer Existenz übergegangen.

Merkmale der neuen Diaspora

1. Die Belarusischen Diaspora hat sich bewusst aus der allgemeinen russischsprachigen Gemeinschaft postsowjetischer Emigrant*innen herausgelöst. Die Belarus*innen wurden sich nicht ihrer Besonderheiten in Bezug auf andere ethnische Gruppen und Nationen bewusst, sondern nahmen ihre Identität als Grundlage, um sich zusammenzuschließen und sich durch ihr Verhalten zu solidarisieren. Ein wichtiges Ergebnis sind hier nicht nur das Entstehen von virtuellen Versammlungen in sozialen Netzwerken (»kompjutingi« – aus »Computer« und »Miting«/

»Meeting« [=Demo]), sondern auch der Übergang ins nächste Stadium, hin zu einer Umsetzung des angereicherten Institutionalisierungspotenzials, also zur organisatorischen Verwirklichung.

2. **Es hat sich ein positives Image der Belarus*innen als Nation herausgebildet.** An die Stelle von »*pam-jarkounaszi*« (dt. in etwa: »die, die alles dulden«), von »*tscharki/schkwarki*« (dt. in etwa: »ein Glas Wodka und weiter vor sich hin wurschteln«), und zwar im Geiste von »*a mosha tak treba*« (dt. »es soll wohl so sein«) trat ein idealisiertes Bild reiner, hehrer Kämpfer*innen gegen die Tyrannei. Vor dem Hintergrund anderer Proteste in Europa und Amerika (wie etwa Gelbwesten-Proteste in Frankreich oder Massenunruhen in den USA nach der Tötung des Afroamerikaners George Floyd) und angesichts des äußerst brutalen Vorgehens des Regimes in Belarus war das Verhalten der belarusischen Protestierenden phänomenal: Ordnung vs. Willkür; das Erhabene gegen das Brutale; Frieden vs. Gewalt... Ein zusätzlicher Faktor, der die »Message« der Belarus*innen erheblich verstärkte, war zweifellos, dass das Regime extrem unverblümte Gewalt einsetzte. Hinzu kam die Emotionale Belastung, die in der Kommunikation mit den und über die Menschen in Belarus zum Ausdruck kam (nicht umsonst erklärte das *Oxford English Dictionary* dann »Belarusian« zu einem der Wörter des Jahres 2020).

Die hervorragende Visualisierung des Geschehens, die für jeden, der es wollte, in der Welt der augenblicklichen horizontalen Verbindungen verfügbar war, sorgte umgehend für »steigende Umfragewerte« in Bezug auf die Belarus*innen als Nation und beförderte eine gewisse Mode alles Belarusischen.

3. Aufgrund des Gefühls, am Geschehen in Belarus beteiligt zu sein, erfolgte eine explosionsartige **Zunahme der Mobilisierungsfähigkeit und -bereitschaft in der Gemeinschaft der belarusischen Emigrant*innen** (weniger aufgrund der Anzahl der Neuankömmlinge, obwohl dies auch ein wichtiger Aspekt ist, als vielmehr durch eine Aktivierung von Migrant*innen der unterschiedlichen früheren Auswanderungswellen). Ebenso war eine **Politisierung der Diaspora** zu beobachten. Diese Politisierung war kein vorübergehendes Phänomen, sondern bildete den Anstoß zu einer langanhaltenden, systematischen Betätigung, die sowohl auf eine Konsolidierung innerhalb der Diaspora ausgerichtet war, wie auch auf eine Solidarisierung der Auslandsbelarus*innen mit jenen, die sich weiterhin in Belarus aufhalten oder aber sich genötigt sehen, eilig das Land zu verlassen.
4. Ein **neues System der (Selbst)Organisation der Diaspora** entstand und entwickelte sich weiter, und

zwar ein horizontales, das sich vor allem auf die Möglichkeiten der sozialen Netzwerke, der Telegram-Kanäle und anderer digitaler Plattformen stützte. Das ist ein Aspekt von prinzipieller Bedeutung. Eine der Besonderheiten der belarusischen Mentalität besteht in einem Absentismus in Form einer Distanzierung von allem Offiziellen oder Offiziösen, von zentralisierten Tätigkeitsformen und vertikalen Organisationssystemen. Die allgemeine Digitalisierung, die sozialen Netzwerke, die Telegram-Kanäle und andere Formen konkreter horizontaler Verbindungen bieten den Belarus*innen ein viel bequemer System, um ein gemeinsames Vorgehen zu organisieren. Es liegt der belarusischen Mentalität und Psychologie unglaublich nahe, ist dezentral, weitestgehend nicht offiziös und baut nicht auf einer Unterordnung unter eine Machtstruktur auf, sondern auf Selbstorganisation. Und die Belarus*innen haben das genutzt, in Belarus selbst wie auch im Ausland.

5. Es ist ein **allgemeiner »Sammelpunkt«** entstanden, ein **Anreiz zur Vereinigung der Diaspora**. Die Auslandsbelarus*innen haben etwas an die Hand bekommen, womit sie sich mit Stolz identifizieren können, und wofür es sich lohnt zu handeln. Wenn nun die Belarus*innen selbst zu einem Punkt wurden, mit dem man sich stolz identifizieren kann, so bezieht sich der andere, gegenüberliegende Pol natürlich auf das Regime. Diese deutliche und offensichtliche Kollision hat ein einfaches und eindeutiges Koordinatensystem hervorgebracht, bei dem es nur ein Ziel geben kann, das der großen Sache der ganzen Nation dient, nämlich die Befreiung des Landes aus den Fängen des Regimes. Und dieses Ziel war den Belarus*innen im Ausland sehr vertraut, da für viele von ihnen der wichtigste Grund zur Emigration in einer subjektiven Ablehnung des bestehenden Regimes gelegen hatte.
6. Es hat sich eine **proaktive Haltung der belarusischen Diaspora** herausgebildet, die ihre Wirkung zeigt. Diese Haltung ist für alle vorherigen Einstellung gewissermaßen skalierend, sie fasst diese zusammen und ist deren logisches Resultat. Nach der »widersprüchlichen« Politik der Regierung und der Hilfe für das medizinische Personal während der ersten Corona-Welle, nach der Horizontalisierung des Medien- und Kommunikationsraumes und dem außerordentlichen emotionalen Aufschwung wäh-

rend der »Unterschriften-Revolution«⁷ begegneten die Auslandsbelarus*innen den dramatischen Ereignissen vom 9. bis 12. August 2020 mit »geladener« Motivation und erheblicher Erfahrung in der Selbstorganisation. Das Proaktive wurde durch die späteren Ereignisse nur verstärkt, wie auch die wirksamen Modelle der Selbstorganisation und der gegenseitigen Hilfe dadurch neue Dimensionen erreichten.

Aktivitäten der Diaspora

Die wichtigsten konkreten Aktivitäten der Auslandsbelarus*innen lassen sich – vor allem mit Blick auf deren erste Entwicklungsphasen – wie folgt differenzieren:

1. **Finanzielle Hilfe.** Die Aktivitäten auf dieser Ebene der Unterstützung für Belarus wurden bereits während der ersten Corona-Welle unternommen und bedeuteten eine beträchtliche Hilfe für das medizinische Personal im Kampf gegen das Coronavirus. Allerdings erinnern Vertreter der Auslandsbelarus*innen nur erstaunlich selten daran.
2. **Kommunikation.** Dies ist die am leichtesten zugängliche und dabei grundlegende Form der Aktivität; sie bildet die Basis und eine Voraussetzung für ein effektives Vorgehen auf den anderen Ebenen und Richtungen.
3. **Aktivität bei Wahlen.** Hier geht es zweifellos um die Initiative und Dynamik, die die Diaspora bei ihrem Vorgehen in der Phase vor den Wahlen von 2020 gezeigt hat. In jener Zeit, das heben die Respondenten hervor, entspannen sich breit angelegte Aktivitäten, nicht nur, um die Wahlbeteiligung anzuregen, sondern auch, um den Verlauf des Wahlprozess zu beobachten und von den Ergebnissen im Medien- und Informationsraum zu berichten.
4. **Manifestatives Handeln.** Dieser Aspekt ergab sich für viele Angehörige der belarusischen Diaspora unerwartet. Es kam gegenüber den Medien und der Gesellschaft zu einer langwährenden, systematischen, regelmäßigen und hartnäckigen Verkündung der eigenen Haltung: dass man mit den Wahlergebnissen nicht einverstanden ist, das Regime ablehnt, die Proteste unterstützt und sich mit Belarus vereint sieht.
5. **Hilfe für die Opfer des Regimes in Belarus.** Die Hilfe und Unterstützung für jene, die unter dem Vorgehen des Regimes in Belarus gelitten haben, ist ein großes, komplexes Geflecht von Aktivitäten

⁷ Als »Unterschriften-Revolution« wird das Geschehen nach Beginn der Registrierung unabhängiger Kandidat*innen bei den Präsidentschaftswahlen 2020 bezeichnet. Damit in Belarus jemand als Präsidentschaftskandidat*in registriert werden kann, muss seine oder ihre Initiativgruppe 100.000 Unterschriften von Personen sammeln, die bereit sind, den oder die Betreffende als Kandidat*in zu nominieren. Früher war es so, dass die Vertreter*innen der Initiativgruppen Personen *suchen* mussten, die zu einer solchen Unterschrift bereit wären. Das Besondere bei den Wahlen 2020 bestand nun darin, dass die Belarus*innen im Zuge der »Unterschriften-Revolution« von *selbst* zu den Initiativgruppen kamen, um sich in kilometerlange Schlangen einzureihen und ihre Unterschrift für einen Kandidaten / eine Kandidatin abzugeben, der/ die eine Alternative zu Aljaksandr Lukaschenka bedeuten würde.

(Informationsarbeit, psychologische und finanzielle Unterstützung, Organisatorisches usw.). Sie reichte von den politischen Gefangenen und deren Familien bis zu jenen, die sich vor der Verfolgung durch Lukaschenka zu verstecken suchen.

Schlussfolgerungen

Aufgrund einer Analyse der Tiefeninterviews können wir feststellen, dass im Zuge der Ereignisse des Jahres 2020 eine schrittweise Neuformatierung der Gemeinschaft der Auslandsbelarus*innen erfolgt ist. Im Ergebnis vollzog sich eine Herauslösung der Belarus*innen aus der allgemeinen postsowjetischen Gemeinschaft russischsprachige Emigrant*innen. Es ist ein positives und attraktives Image der Belarus*innen als Nation entstanden, wobei die Zugehörigkeit hierzu Anlass zum Stolz sein kann. Aufgrund des Gefühls, an den Ereignissen beteiligt zu sein, kam es in der Gemeinschaft der belarusischen Emigrant*innen zu einem explosionsartigen Aufschwung der Mobilisierungsfähigkeit und -bereitschaft. Gleichzeitig erfolgte eine Politisierung der belarusischen Diaspora, bei der sich ein neues System der – horizontalen – (Selbst)Organisation entwickelte, das sich vor allem auf die Möglichkeiten sozialer Netz-

werke, Telegram-Kanäle und anderer digitaler Plattformen stützt.

Ein wichtiges Ergebnis der Jahres 2020 ist darin zu sehen, dass sich ein allgemeiner »Sammelpunkt« herausbildete, ein Anreiz zur Vereinigung der Diaspora: Die Belarus*innen haben nun etwas, womit sie sich mit Stolz identifizieren können, und wofür es sich zu engagieren lohnt. Als logische Folge entwickelte sich eine proaktive Haltung der belarusischen Diaspora, die wirksam funktioniert (die grundlegenden Bereiche sind Kommunikation, die Wahlen, das Manifestative...). Diese Haltung entstand während der ersten Corona-Welle und kam nach den Ereignissen vom August 2020 vollends in Schwung.

Die weitere Entwicklung der belarusischen Diaspora in den Jahren 2021 und 2022 muss an dieser Stelle leider unberücksichtigt bleiben – sie ist ein gesonderter, umfangreicher Forschungsthema. Es steht jedoch außer Frage, dass die im Laufe des Jahres 2020 gewonnenen Ressourcen und Fähigkeiten ausreichen werden, um auch den Rückgang der Politisierung 2021 zu überdauern und in die Antikriegsbewegung nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine 2022 einzufließen.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Henadz Korshunau ist promovierter Soziologe, führender Experte am Institut für Neue Ideen und ehemaliger Direktor des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Belarus. Er ist auf Analysen von Entwicklungen im Massenbewusstsein, auf Forschungen zu neuen Medien und auf die Soziologie der Revolution spezialisiert.

ANALYSE

Die Wissenschaft in Belarus zwischen Repression und Emigration

Roza Turarbekava (Expertin für Politik in Eurasien und Aktivistin der Freien Gewerkschaft der Mitarbeiter*innen der Belarusischen Staatlichen Universität)

DOI: 10.31205/BA.061.02

Zusammenfassung

In dem Beitrag wird die Situation von Vertreter*innen der Wissenschaft seit dem August 2020 bis zum Juli 2022 skizziert. Die Folgen der politischen Ereignisse des Jahres 2020, der Präsidentschaftswahlen, der Massenproteste, der Gewalt gegen die Demonstrant*innen, des Aufschwungs der Zivilgesellschaft und der Solidaritätsaktionen werden am Beispiel des Aktivismus von Vertreter*innen der Wissenschaft besonders deutlich. Die Repressionen der Regierung gegen die Universitäten zogen zwei negative Entwicklungen nach sich: massenhafte Entlassungen und eine massive politisch motivierte Emigration.

Die Analyse umfasst statistische Daten zur Emigration sowie die Ergebnisse vertraulicher Interviews mit Studierenden und Lehrkräften. Darüber hinaus wird ein Überblick über Änderungen im Strafrecht gegeben, die auf eine Fortsetzung der Verfolgung von politischen Emigrant*innen abzielen.

Repressionen in den Universitäten als Migrationsfaktor

Die belarusische Gesellschaft erfährt seit Juli/August 2020 eine soziale Transformation. Die Präsidentschaftswahlen vom 9. August waren von massiven Wahlfälschungen geprägt, was zu Straßenprotesten, deren gewaltsamer Zerschlagung sowie als Antwort hierauf zu einem massiven Ausbruch weiterer Proteste führte, auf die das Regime mit intensiven Repressionen reagierte.

Zu den aktivsten Bevölkerungsgruppen, die sich an den Protesten im Herbst 2020 beteiligten, gehörten die Studierenden und Lehrkräfte der belarusischen Universitäten. Im September und Oktober 2020 fanden vier große Demonstrationen von Studierenden statt (1.09, 4.09, 5.09, 26.10). Die meisten Teilnehmer*innen gab es am 1. September und am 26. Oktober. Während der Demonstrationen der Studierenden kam es zu brutalen Festnahmen; die Sicherheitskräfte prügelten auf die Demonstrant*innen ein. Hunderte Studierende wurden während der Aktionen festgenommen (415 Personen). Nach der Verurteilung zu Administrativarrest oder Geldstrafen wurden in den sechs Monaten von September 2020 bis Februar 2021 nicht weniger als 138 Studenten zwangsexmatrikuliert und 15 Lehrkräfte entlassen. Diese Daten wurden von den Studierendenorganisationen der *Vereinigung belarusischer Studierender* (belar.: »Sadzinotschanne belaruskich studentau«) und der *Studentischen Initiativgruppe* gesammelt.

Am 12. November wurden 12 Personen (11 Studierende und eine Lehrkraft) verhaftet, und zwar aufgrund eines Strafverfahrens wegen »der Organisation und Vorbereitung von Handlungen, die in grober Weise die öffentliche Ordnung verletzen«. Hiermit begann die strafrechtliche Verfolgung der Aktivist*innen, die im »Studentenverfahren« angeklagt waren. Der Straf-

prozess dauerte ein halbes Jahr und im Mai 2021 befand das Gericht die Angeklagten für schuldig. Sie wurden sämtlich von Menschenrechtsorganisationen als politische Gefangene anerkannt. Insgesamt wurden 27 Personen strafrechtlich verfolgt. Dabei hatten sich Vertreter*innen der Wissenschaft in Gestalt von Lehrkräften und Universitätsprofessor*innen in mehreren Videobotschaften gegen Gewalt und gegen die Verfolgung von Studierenden und von ihren Kolleg*innen gewandt.

Das System der Repression ist in den belarusischen Universitäten spätestens mit Einführung der Institution eines für Sicherheitsfragen zuständigen stellvertretenden Rektors etabliert worden. Diese Vizerektoren sind Offiziere des belarusischen KGB und haben bei Personalfragen volle Entscheidungsmacht. Ihre Integration in das System der Universitätsverwaltung hatte im Oktober 2020 begonnen. Und es ist ihre Stimme, die heute entscheidend ist, wenn es um die Entlassung oder Anstellung von Professoren oder Lehrkräften geht. Alle weiteren Repressionen in der Wissenschaft hängen mit ihrer Tätigkeit zusammen.

Eines der Probleme bei der Erforschung der Repressionen in der Wissenschaft besteht in der Schwierigkeit, hinreichend Informationen zu erlangen. Probleme ergeben sich auch aus der Zerschlagung von Menschenrechtsorganisation, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften, die unabhängig vom Staat agieren. Selbst unter der Bedingung der Anonymität haben die Betroffenen Angst, von einem Druck auf sie oder von einer Entlassung zu berichten. So endete die Informationserhebung (unter Angabe von Daten zur Person) durch die *Freie Gewerkschaft der BGU-Mitarbeiter* (BGU – Belarusische Staatliche Universität; Anm. d. Red.) im Winter 2021/22 – während der zweiten Entlas-

sungswelle – bei 50 aus politischen Motiven Entlassenen, obwohl es wahrscheinlich, nach groben Schätzungen, 100 Entlassungen gegeben hat. Die dritte Entlassungswelle, die im Frühjahr 2022 begann, ist noch umfangreicher als die zweite. Die Erhebung von Informationen ist extrem schwierig geworden, weil Aktivist*innen der *Freien Gewerkschaft* mit Repressionen überzogen werden. Ein großer Teil von ihnen hat erzwungenermaßen das Land verlassen. Gleichwohl stehen einschlägigen Daten zufolge (die Informationen stammen von einer vertraulichen Quelle) in der BGU im Bevorstehenden Studienjahr 2022/23 über 200 Lehrkräfte vor der Entlassung. Die *Freie Gewerkschaft der BGU-Mitarbeiter* hat mit Stand vom 12. Juli 74 Entlassungen registriert.

Die wahren Dimensionen der Repressionen und einer möglichen Migration von Vertreter*innen der Wissenschaft lassen sich anhand von Informationen erkennen, die die Initiative *SCIENCE AT RISK Emergency Office* der deutschen NGO *Akademisches Netzwerk Osteuropa* (AKNO) sammelt. Dort sind Hilfsanträge von 1.400 Studierenden und Lehrkräften aus Belarus eingegangen, die angeblich politisch verfolgt wurden.

Die Entlassungen erfolgen unter dem Anschein einer »eilvernehmlichen Einigung«, den »Arbeitsvertrag nicht zu verlängern«. In der Regel werden jedoch gerade diejenigen entlassen, die gegen die Wahlfälschungen, gegen die Gewalt der Sicherheitskräfte und jetzt gegen den Krieg aufbegehrt haben. Sämtliche Lehrkräfte und Studierende, die in Videobotschaften, in den offenen Briefen vom Herbst 2020 oder bei den Demonstrationen im September bis November 2020 identifiziert worden waren, wurden entlassen bzw. zwangsexmatrikuliert – oder flohen von selbst vor der Verfolgung. Da die Proteste massenhaft waren, galt das Gleiche für die Repressionen. Ein weiterer Anlass für Repressionen war der öffentliche Protest gegen den Krieg während des Referendums am 27. Februar 2022. Alle, die dort zu Administrativhaft verurteilt wurden, erlitten Folter und erniedrigende Behandlung, besonders in Minsk. Angesichts des anhaltenden staatlichen Terrors kommt es im frei denkenden Teil der Wissenschaft zu einem politisch motivierten Emigrationsprozess.

Fallstudien: Ergebnisse der Interviews

Die politisch motivierten Entlassungen von Lehrkräften sind derart organisiert, dass die meisten Betroffenen anschließend keine Arbeit finden können, weil die Entlassung in der Praxis mit einem Arbeitszeugnis einhergeht: Früher wurden die Arbeitszeugnisse den Entlassenen ausgehändigt; seit dem Jahr 2020 jedoch werden sie von potenziellen neuen Arbeitgebern angefordert. Alles ist so eingerichtet, dass ein möglicher neuer Arbeitgeber keinen »problematischen« Mitarbeiter einstellen will. Eine politisch motivierte Entlassung durch die

Universität kommt praktisch einem Berufsverbot gleich. In seltenen Fällen gelingt es entlassenen Lehrkräften, eine Anstellung bei einer der privaten Hochschulen zu erhalten, von denen es in Belarus allerdings nur noch wenige gibt. Somit führt eine Entlassung nicht selten zur Emigration, weil die Betroffenen gezwungen sind, im Ausland Arbeit suchen. Diese Emigration ist insgesamt politisch motiviert. Nicht selten wird die strafrechtliche Verfolgung fortgeführt, obwohl die Betroffenen bereits emigriert sind. Um diesen Prozess qualitativ einordnen zu können, habe ich vier Vertreter*innen der Wissenschaft interviewt (zwei Lehrkräfte und zwei Studierende), die zu unterschiedlichen Zeitpunkten benötigt waren, das Land zu verlassen.

Fall 1

Jurij (Name wurde geändert) war 2020 im vierten Studienjahr und machte 2021 seinen Abschluss an der BGU; er ist 23 Jahre alt. Im Juni 2021 ging er nach Polen. Er studiert dort weiter in Katowice, und zwar in einem Masterprogramm in dem Fach, in dem er in Minsk seinen Bachelor abgeschlossen hat. Als einen der Faktoren, die ihn zu einer Ausreise bewogen haben, nennt er: »[...] das akute Gefühl, dass ich selbst physisch nicht sicher (gefährdet) bin, wenn ich im Land bleibe«. Darüber hinaus verwies er auf »das völlige Fehlen von Menschenrechten und all dem, was in der Verfassung geschrieben steht«. Jurij war bei einem der Studierendenmärsche im September 2020 festgenommen und zu Administrativhaft verurteilt worden (10 Tage im *Zentrum zur Isolierung von Gesetzesbrechern Nr. 36, »Okrestina«*). Er berichtete, dass oft Angehörige der Miliz kamen, um ihn zu kontrollieren, und dass sich seine Situation wegen der Wehrratsämter verschärfte. Zu Weihnachten (am 25. Dezember 2020) versuchte man, ihn rechtswidrig auf die Milizwache zu bringen, als er mit dem Hund spazieren ging. Daraufhin beschloss er endgültig, auszureisen. Es gab Schwierigkeiten, als er die Papiere für die Ausreise beantragte. Da es vorübergehend Beschränkungen für eine Ausreise zu touristischen Zwecken gab und die Beantragung eines humanitären Visums mit Gefahren verbunden war (man hätte ihm als Aktivist die Ausreise verwehren können), musste er ein zeitlich begrenztes Studierendenvisum beantragen. Nach Jurij's Ansicht sind die Ausmaße der belarusischen Emigration »riesig«, so um die 300.000 Personen. Das sei weniger Arbeitsmigration als vielmehr eine politische. Seiner Ansicht nach könnten zwei Drittel aller belarusischen Emigrant*innen nach Polen gegangen sein. Die wichtigsten Zielorte seien Gdańsk, Warschau, Kraków, Poznań und Lublin. Jurij's Worten zufolge gehen mehr Leute in den polnischen Nordwesten, wo man Arbeit finden kann. Der Markt habe sich nach Wegfall der ukrainischen Männer geleert (auf dem Bau, bei der

Saisonarbeit, im Transportwesen). Und nach dem 24. Februar habe sich die Haltung gegenüber Belarus*innen »sehr stark« verändert. Es gebe ein Mobbing aufgrund der Sprache. Der Status von Belarus als Mitaggressor [gegen die Ukraine] habe sich in Polen stark darauf ausgewirkt, wie Belarus*innen wahrgenommen werden. Jurij hat persönlich physische Auseinandersetzungen mit Pol*innen erlebt. So wurde er etwa aus einem Taxi geworfen. Er hat als Freiwilliger an der polnisch-ukrainischen Grenze gearbeitet. Dort hat er mehrfach mitbekommen, wie Belarus*innen gemobbt wurden. Er erklärt das mit dem Bildungs- und Kenntnisstand der Bevölkerung vor Ort.

Fall 2

Aleksandr (Name wurde geändert), 53 Jahre alt, Dozent an der BGU. Er ging im August 2021 nach Israel. Aleksandr ist ein erfolgreicher Forscher im Bereich der Naturwissenschaften, verfügt über vielfältige Erfahrung mit der Arbeit in Laboratorien von Forschungsinstituten und Bildungseinrichtungen. Seine letzte Anstellung vor der Ausreise war als Dozent an einem Lehrstuhl der BGU. Aleksandr ist einer der ganz wenigen, die die Universität freiwillig verließen; beruflich hat er sich in Israel erfolgreich integriert. Während des Interviews sprach er unumwunden von den Gründen für seinen Weggang von der BGU und die Ausreise: »In näherer Zukunft war beruflich keine Perspektive zu erkennen. Dafür gab es professionelle und politische Gründe«. Auch wenn er selbst noch keinen Druck verspürte, ging er davon aus, dass dieser wegen seiner Tätigkeit in der *Freien Gewerkschaft der BGU-Mitarbeiter* in zwei bis vier Monaten beginnen würde. Nach Aussage von Aleksandr hat sich diese Prognose bestätigt. Seine Mitstreiter*innen in der Gewerkschaft wurden verfolgt und im Dezember 2021 entlassen. Er selbst verließ das Land im August 2021. Seiner Ansicht nach sind die Ausmaße der belarusischen Emigration nach Israel durchaus sichtbar. Seine Einschätzung nahm er anhand der Sprachgruppen vor, in denen Hebräisch unterrichtet wird. Die israelischen Behörden hätten die Ausmaße der Immigration aus Belarus im Jahr 2021 auf 4.000 bis 5.000 geschätzt, sagt er. Bei der Ausreise hatte er keine Schwierigkeiten. Das *Procedere* lief standardmäßig ab und er konnte in Israel nach dem 24. Februar keinerlei Anzeichen einer Diskriminierung von Belarus*innen feststellen.

Fall 3

Anton (Name wurde geändert), 22 Jahre alt, Student an der BGU im vierten Studienjahr, hat das Studium unterbrochen und wurde wegen seiner Flucht exmatrikuliert. Er ging im März/April 2022 nach Georgien und im April 2022 nach Litauen. Er begann in Litauen ein Studium, allerdings nicht in seinem Fachgebiet. Nach

Antons Angaben ist er offiziell deshalb exmatrikuliert worden, weil er die letzten Prüfungen und das Diplom nicht abgelegt habe. Anton floh aus dem Land, weil eine Mobilisierung zur belarusischen Armee drohte. Er beschrieb seinen Fall und berichtete, dass er wegen seines aktiven Engagements, das von den Behörden schon im Herbst 2020 festgestellt worden war, unter Beobachtung stand. Er hatte an einer Reihe von Protestaktionen teilgenommen. Nach den Ereignissen von 2020 hatte der für die Jugendarbeit zuständige stellvertretende Dekan, der Informationen sammelte, ein Auge auf ihn. Insbesondere vor dem Referendum vom 27. Februar 2022 spitzte sich die Lage weiter zu. Anton hob hervor, dass der stellvertretende Dekan ihm am 28. Februar 2022 eine Vorladung ins Wehrersatzamt überbrachte, direkt im Vorlesungssaal. Darüber hinaus erwähnt er, dass seine Mutter einen Monat zuvor aus politischen Motiven von der BGU entlassen worden war. Das Dramatische bestand auch darin, dass enge Verwandte von Anton in Kyjiw lebten, wo sie vor dem Krieg flüchten mussten. Am 1. März flog er Richtung Südosten. Er blieb eine Zeit in Tbilissi, um ein humanitäres Visum nach Litauen zu bekommen. Das war seiner Meinung nach für Belarus*innen eine typische Route, weil es in Minsk wegen der langen Schlangen vor den Konsulaten extrem schwer war, ein Visum zu erhalten. Um nicht in die Fänge der Miliz oder der Armee zu geraten, fliegen junge Menschen, die den Repressionen und/oder der Rekrutierung in die belarusische Armee entrinnen wollen, nach Georgien. Anton schätzt, dass die belarusische Emigration nach Georgien sehr umfangreich ist, besonders nach dem 24. Februar. Ende April erhielt er ein humanitäres Visum nach Litauen und konnte ein Studium an der *Europäischen Geisteswissenschaftlichen Universität* in Vilnius aufnehmen. Bislang studiert er nicht sein Fachgebiet. Er hat vor, nach Polen zu gehen, um dort eine Universität für sein Fachbereich zu finden. Anton war einer der besten Studierenden seiner Fakultät und würde sein Studium gern in seinem Fach fortsetzen. Persönlich hat er kein Mobbing, jedoch bei der Eröffnung eines Bankkontos Diskriminierung erlebt.

Fall 4

Jelena (Name wurde geändert) ist 49 Jahre alt, hat 24 Jahre an einer Universität gearbeitet und war Dozentin an der BGU; sie hat drei Kinder, von denen zwei noch minderjährig sind. Sie ging im Mai 2022 nach Batumi in Georgien. Jelena wurde Ende Januar 2022 entlassen, weil sie als Aktivistin für die *Freie Gewerkschaft der BGU-Mitarbeiter* tätig war. Bei der Entlassung wurde erheblicher Druck auf sie ausgeübt: Es wurde ihr wegen ihrer Gewerkschaftstätigkeit mit einem Strafverfahren gedroht, und mit Schwierigkeiten für ihre Kinder (das älteste studiert an der BGU). Zwei Mal musste sie sich

einer Befragung durch Offiziere des KGB stellen. Als Gründe für ihre Ausreise gab sie an, dass es »unmöglich war, eine Arbeit in meinem Fachbereich zu bekommen, und zwar wegen des [schlechten] Arbeitszeugnisses des Arbeitgebers. Ein weiterer Grund war der Krieg, der in der Ukraine begonnen hatte«. Die Familie ist ab Januar 2022 »stückweise« ausgereist. Zuerst gingen ihr Mann und ihr Sohn, weil eine Mobilisierung in die belarusische Armee drohte, die in den Krieg gegen die Ukraine eintreten könnte (diese Gefahr besteht auch weiterhin). Die Schwierigkeiten bei der Ausreise waren vor allem organisatorischer Natur. Nach Ansicht von Jelena besteht ein erheblicher Teil der Migrant*innen in Batumi aus Belarus*innen. »Alle haben eine gute Bildung, die meisten [sind] mit der ganzen Familie [ausgereist]. Einige ziehen weiter«. Ein Mobbing gegen Belarus*innen hat sie nicht verspürt. Allerdings erwähnt Jelena diskriminierende Maßnahmen gegen belarusische Staatsangehörige, nämlich bei der Eröffnung eines Bankkontos oder der Registrierung einer juristischen Person. Sie erklärt, dass unter ihren persönlichen Bekannten ein Viertel der Belarus*innen emigriert sei. Eine Arbeit in ihrem Fachbereich hat sie noch nicht gefunden. Sie versucht, etwas eigenes aufzubauen.

* * *

Aus den aufgeführten Fällen wird erkennbar, dass sich die Migrationswellen im Bereich der Wissenschaft im Jahr 2021 und im Jahr 2022 zwar voneinander unterscheiden, dass aber insgesamt die Protestaktivitäten der Interviewten und/oder ihrer Familienmitglieder den Anstoß gaben. Die Emigration der Wissenschaftler*innen trägt ganz deutlich politische Züge.

Zielländer: Ungefähre Abschätzung der Ausmaße der belarusischen Migration

Das *Nationale Statistikkomitee von Belarus* (Belstat) hat zwar seit 2020 keine unmittelbaren Daten über die Migration in Belarus und außerhalb des Landes vorgelegt (das letzte veröffentlichte Demographische Jahrbuch stammt aus dem Jahr 2019), doch gibt es mittelbare Indizien zum Bevölkerungsverlust. Nach Angaben von *Belstat* betrug am 1. Januar 2022 die Bevölkerungszahl von Belarus 9.255.000 Personen. Ein Blick in das Statistische Jahrbuch 2020 ergibt, dass die Bevölkerung im Laufe von zwei Jahren um 94.000 zurückgegangen ist. Einer der markantesten Rückgänge ist in Minsk zu verzeichnen, wo die Bevölkerung auf 1.996.000 zurückging. Die Hauptstadt war seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kontinuierlich gewachsen, ist aber jetzt keine Zweimillionenstadt mehr.

Experten legen äußerst widersprüchliche Einschätzungen zu den Ausmaßen, der Entwicklung und dem Tempo der Migration vor. Allen Schätzungen ist gemein, dass sie für die Zeit von 2020 bis 2022 von drei Migra-

tionswellen ausgehen (August 2020, Mitte des Jahres 2021 und Frühjahr 2022). Nach Ansicht der Soziologin Oksana Schelest hat sich der Charakter der belarusischen Emigration gewandelt. Wenn es sich früher in den meisten Fällen um Arbeitsmigration handelte, habe man es seit 2020 mit einer politischen Emigration zu tun. Hieraus ergeben sich Schwierigkeiten mit der Berechnung. Schelest erläutert es so: »2020 und 2021 haben die Belarus*innen das Land ohne ein Arbeitsvisum verlassen, und mitunter sogar ganz ohne Visum. Das könnte man berücksichtigen, wenn jemand versuchen würde zu zählen. Und einige sind rundweg auf Umwegen und Partisanenpfaden geflohen. Daher lassen sich weder hinsichtlich der Ausreise aus Belarus, noch bei der Einreise in andere Länder [genaue] Informationen erlangen, wie viele belarusische Staatsangehörige ausgereist und nicht wieder zurückgekehrt sind«. Während der ersten Welle (August/September 2020) sind die Menschen nach Ansicht von Schelest wegen unmittelbar drohender Repression und Verfolgung geflohen. In der zweiten Welle (Mitte 2021) erfolgte die Ausreise wegen der Säuberungen in staatlichen Einrichtungen und der Entlassung von kritisch gesonnenen Mitarbeiter*innen. Schelest erklärt, dass mit der dritten Welle (Frühling 2022) eine Migration von Männern »im erwerbsfähigen Alter« einsetzte, die sich angesichts des Krieges gegen die Ukraine einer möglichen Mobilisierung für die belarusische Armee entziehen wollen. Die oben erörterten Fälle korrelieren mit den hier genannten Gründen und auch mit den Migrationswellen.

Wie wir zuvor bereits sehen konnten, sind Polen, Litauen und Georgien die populärsten Zielländer für politische Migrant*innen aus Belarus. Israel ist aufgrund der ethnischen Selbstbestimmung seltener das Ziel.

Die polnischen Behörden legen von Zeit zu Zeit Informationen zu Emigrant*innen aus Belarus vor. Bis zum März 2022 sind demzufolge 44.000 Genehmigungen für eine Aufenthaltserlaubnis und 58.000 humanitäre Visa erteilt worden; 19.000 Anträge waren noch in Bearbeitung. Insgesamt leben in Polen über 100.000 Belarus*innen (Stand: Dezember 2021).

Litauen hat nach Medienangaben von Anfang 2021 bis Anfang 2022 rund 20.000 Aufenthaltsgenehmigungen und 21.000 humanitäre Visa ausgestellt.

Erklärungen georgischer Offizieller zufolge hat es zwischen dem 24. Februar und dem 16. März 2022 im Vergleich zum gleichen Zeitraum in den Vorjahren zehn Mal mehr Einreisen belarusischer Staatsangehöriger gegeben. Insgesamt seien in drei Wochen 15.777 Personen aus Belarus eingereist. Einen derartig steilen Anstieg habe es nicht einmal bei Ukrainer*innen oder Russ*innen gegeben.

Zu den Eigenheiten der jüngsten belarusischen Emigration gehört auch die Verlegung von Firmen, insbe-

sondere im IT-Bereich. Im Unterschied hierzu sind Vertreter*innen der Wissenschaft meist zutiefst politische Emigrant*innen, die ihre Arbeit oder ihren Studienplatz verloren haben.

Änderungen der Gesetzgebung in Belarus zur fortgesetzten Verfolgung von Politemigrant*innen

Die Verfolgung von Politemigrant*innen wird in Belarus systematisch betrieben. Neben einer Nutzung der Stellen von Interpol, über die eine Auslieferung von Anführer*innen und Aktivist*innen der demokratischen Bewegung angestrengt wird, wurden auch offen rechtswidrige Methoden eingesetzt, etwa die erzwungene Landung des Passagierjets von Ryanair am 25. 2021, durch die Raman Pratasewitsch festgenommen werden konnte. Pratasewitsch war Redakteur des äußerst populären Telegram-Kanals *Nexta*, der für die Protestbewegung eine sehr wichtige Rolle gespielt hatte.

Zu den ersten normativen Beschränkungen, die eine Ausreise von Belarus*innen aus dem Land verhindern sollte, gehört das temporäre Verbot, Belarus auf dem Landweg zu verlassen. Die Behörden nannten als offizielle Begründung hierfür den Kampf gegen das Coronavirus. In anderen Ländern wurden allerdings im Kontext der Pandemie in der Regel Einreise- und nicht Ausreisebeschränkungen erlassen... Das erwähnte Verbot erstreckte sich nicht auf die Flughäfen, die eh streng kontrolliert werden, und wo die Passagierströme erheblicher geringer sind. Die Verordnung des Ministerrates Nr. 705 vom 07. Dezember 2020, durch die diese temporäre Beschränkung eingeführt worden war, wurde erst nach über einem Jahr aufgehoben, nämlich am 31. März 2022.

Im Sommer dieses Jahres wurden Änderungen am belarusischen Strafgesetzbuch vorgenommen, die auf eine Ausweitung der Verfolgung von Politemigrant*innen abzielen. Am 24. Juni 2022 wurde im Repräsentantenhaus, dem Unterhaus des belarusischen

Parlaments, ein Gesetzentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuchs verabschiedet. Er sieht Ermittlungen und ein Gerichtsverfahren in Abwesenheit der Angeklagten vor, wenn diese sich außerhalb des Landes aufhalten. Die Institution dieses »Sonderverfahrens« soll bei einer Reihe von Straftaten eingeführt werden, unter anderem bei solchen, die sich »gegen den Staat richten und eine Gefahr für die nationale Sicherheit bedeuten«. Hier ist zu erwähnen, dass die »Gefahr für die nationale Sicherheit« in Belarus äußerst weit ausgelegt wird.

Darüber hinaus wurde am 6. Juli im Republiksrat, dem Oberhaus des Parlaments, erörtert, ob in das Gesetz »Über die Staatsbürgerschaft der Republik Belarus« eine Bestimmung aufgenommen werden soll, die den Entzug der Staatsbürgerschaft für Personen vorsieht, die als extremistisch eingestuft wurden. Auch hier sei darauf verwiesen, dass das Verzeichnis der als »extremistisch« eingestuften natürlichen und juristischen Personen überaus lang ist und auch Journalist*innen, Expert*innen, zivilgesellschaftliche Aktivist*innen, Politiker*innen und Gewerkschaftler*innen umfasst.

Schlussfolgerungen

Die Massenproteste 2020 in Belarus haben systematische, breitangelegte Repression nach sich gezogen. Vertreter*innen der Wissenschaft sind eines der Ziele dieser Unterdrückung und Verfolgung. Als Folge der gewaltsamen Zerschlagung von Versammlungen, der Festnahmen, der strafrechtlichen Verfolgung, der Entlassungen und Berufsverbote werden Lehrkräfte und Studierende der belarusischen Universitäten nicht selten zu Politemigrant*innen. Sie bleiben jedoch selbst in der relativ sicheren Umgebung der Emigration im Blickfeld des Regimes in Belarus und können verurteilt werden oder ihre Staatsangehörigkeit verlieren, und zwar ohne eine Möglichkeit, sich selbst oder die eigenen Rechte zu verteidigen.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

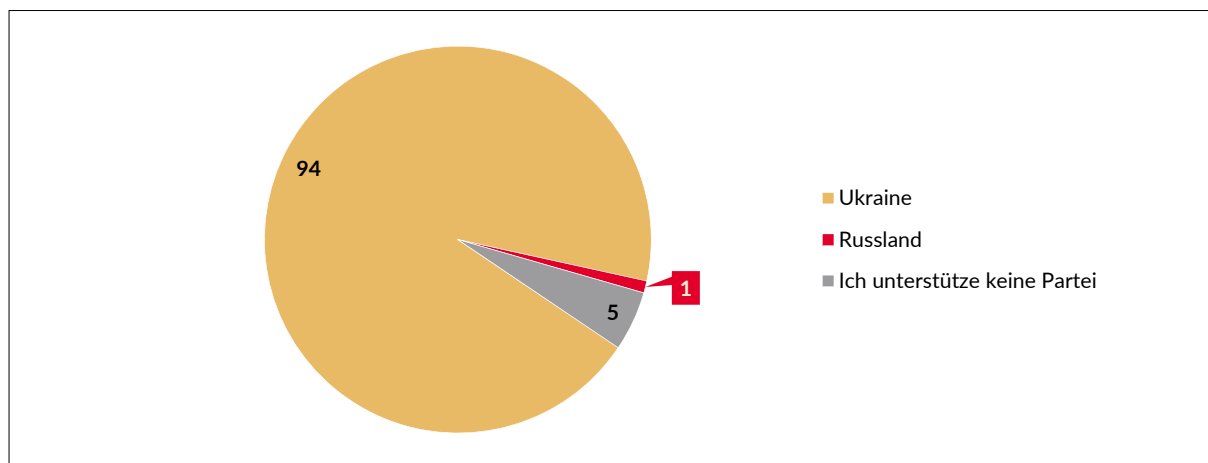
Über die Autorin

Roza Turarbekava ist promovierte Historikerin und Dozentin. Sie ist 24 Jahre an der Fakultät für Internationale Beziehungen der Belarusischen Staatlichen Universität als Dozentin tätig gewesen. Darüber hinaus hat sie als Kolumnistin für eine Reihe belarusischer Periodika geschrieben, u. a. für *Nasche Mnenije*, *Obosrewatel* und *Belarus Segodnja*. Als Expertin beschäftigt sie sich vor allem mit politischen Fragen in Eurasien, Konflikten in der Region und dem Islamismus. Sie ist seit September 2020 Aktivistin der Freien Gewerkschaft der Mitarbeiter*innen der BGU. Im Zuge der Repressionen verlor sie aus politischen Gründen am 1. Februar 2022 ihre Stelle an der BGU.

UMFRAGEN

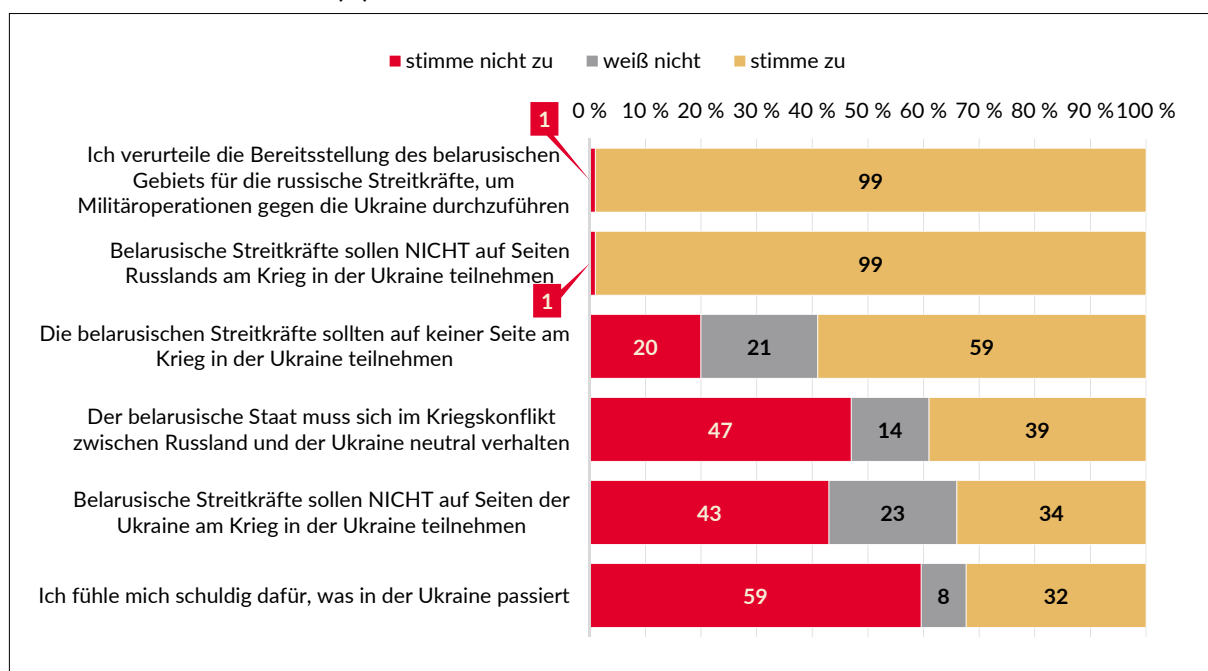
Belarus*innen in Polen: Haltung zum Krieg, Hilfe für die Ukraine, Diskriminierung (Mai 2022)

Grafik 1: Unterstützung der Kriegsparteien: Wessen Seite unterstützen Sie persönlich im Krieg zwischen Russland und der Ukraine? (%)



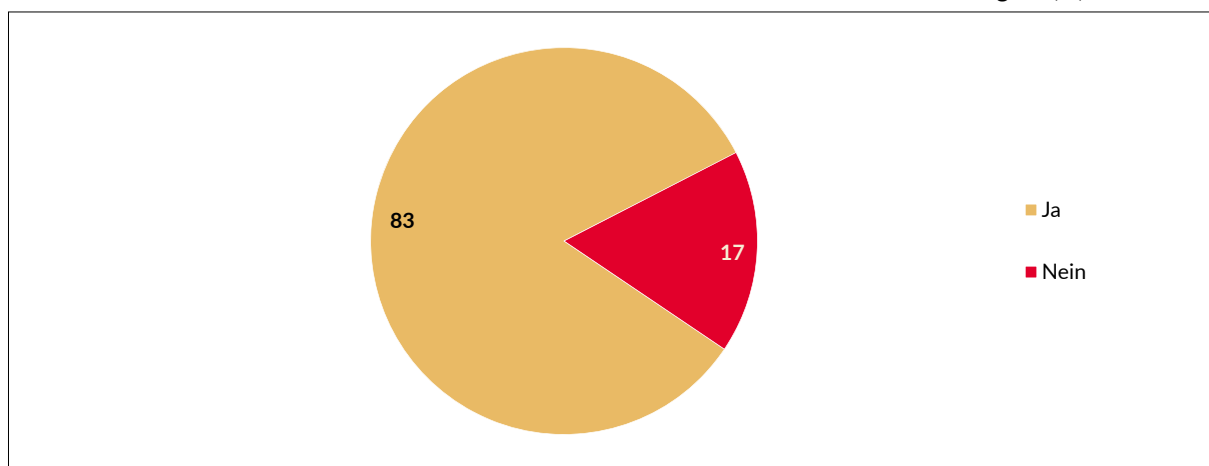
Quelle: Alampiyeu, Aleh: *Belarusy Polschi: Otnoschenije k wojne, pomoschtsch Ukraine, diskriminazija* [»Belarus*innen in Polen: Verhältnis zum Krieg, Hilfe für die Ukraine, Diskriminierung«, Umfrage von Aleh Alampiyeu (mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung)], Mai 2022, S. 13

Grafik 2: Meinung zur Verwicklung von Belarus in den Krieg: Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu? (%)



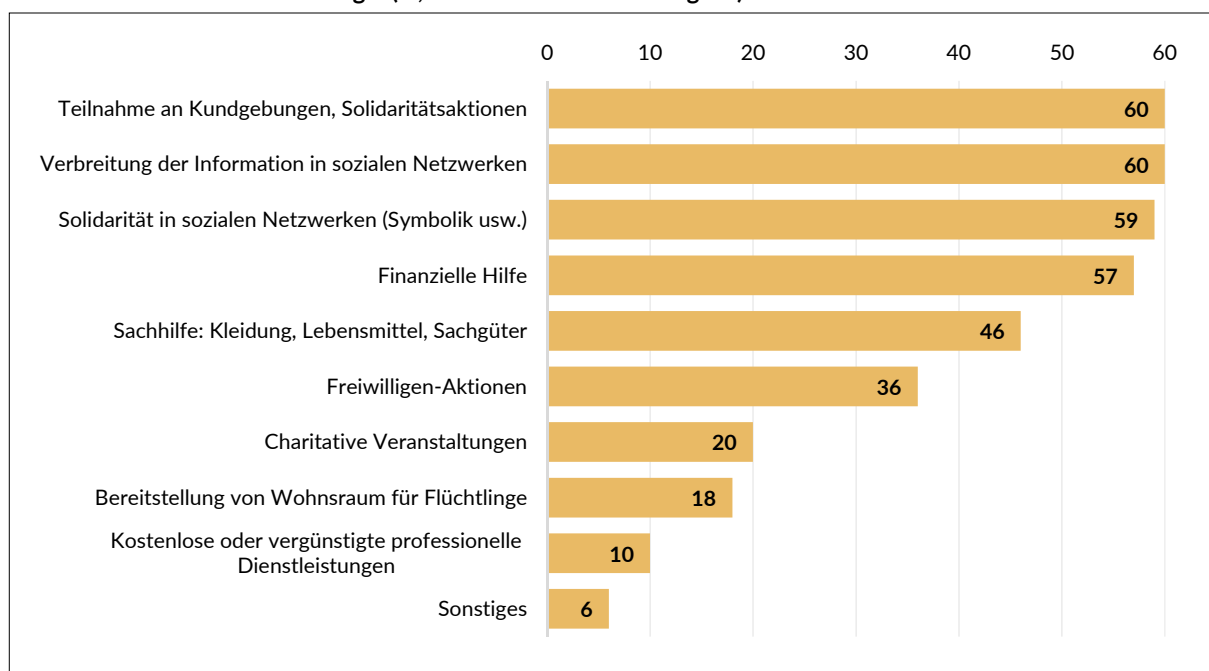
Quelle: Alampiyeu, Aleh: *Belarusy Polschi: Otnoschenije k wojne, pomoschtsch Ukraine, diskriminazija* [»Belarus*innen in Polen: Verhältnis zum Krieg, Hilfe für die Ukraine, Diskriminierung«, Umfrage von Aleh Alampiyeu (mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung)], Mai 2022, S. 15

Grafik 3: Hilfe für die Ukraine: Heute sieht man im Zusammenhang mit dem Krieg oft Aufrufe, der Ukraine oder den Menschen in der Ukraine zu helfen. Ist es Ihnen persönlich gelungen, sich in irgendeiner Weise an der Hilfe für die Ukraine oder die Menschen in der Ukraine zu beteiligen? (%)



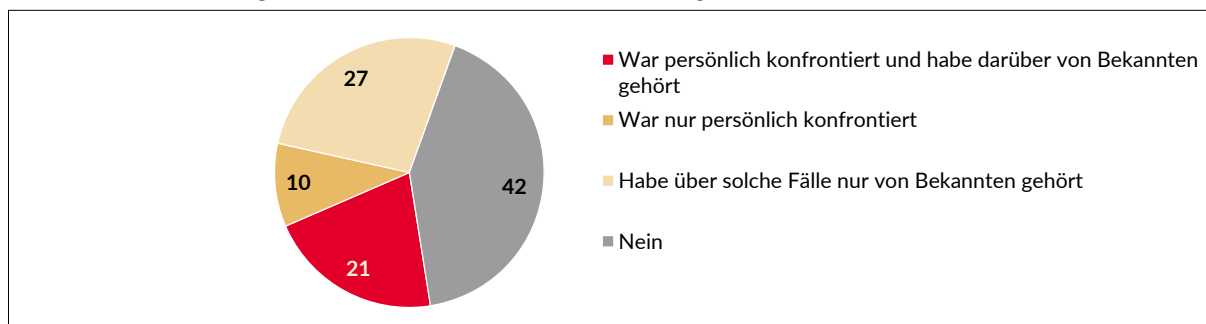
Quelle: Alampiyeu, Aleh: *Belarusy Polschi: Otnoschenije k wojne, pomoschtsch Ukraine, diskriminazija* [»Belarus*innen in Polen: Verhältnis zum Krieg, Hilfe für die Ukraine, Diskriminierung«, Umfrage von Aleh Alampiyeu (mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung)], Mai 2022, S. 17

Grafik 4: Hilfe für die Ukraine: Wie genau haben Sie sich an der Hilfe für die Ukraine oder die Menschen in der Ukraine beteiligt? (%; mehrere Antworten möglich)



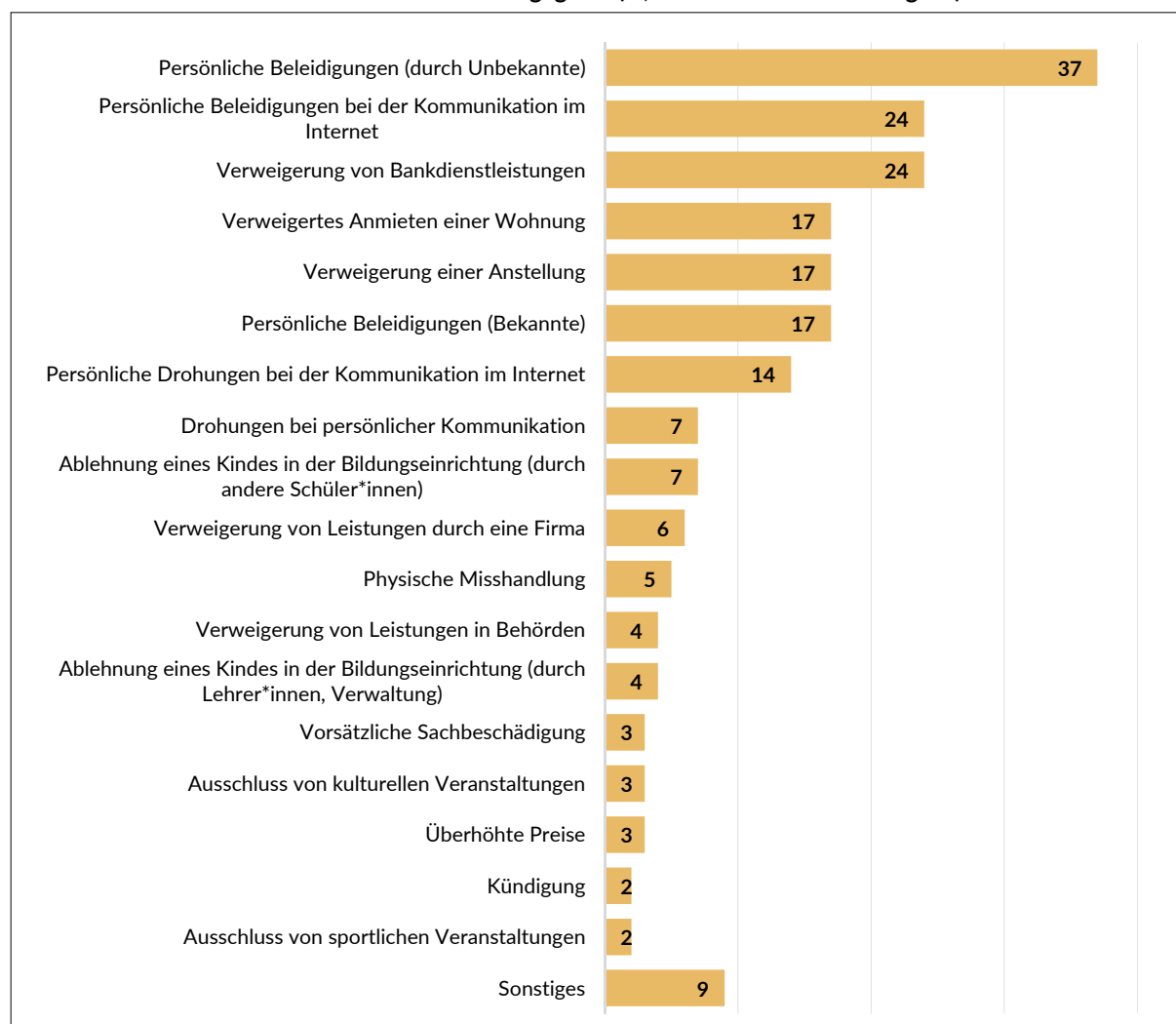
Quelle: Alampiyeu, Aleh: *Belarusy Polschi: Otnoschenije k wojne, pomoschtsch Ukraine, diskriminazija* [»Belarus*innen in Polen: Verhältnis zum Krieg, Hilfe für die Ukraine, Diskriminierung«, Umfrage von Aleh Alampiyeu (mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung)], Mai 2022, S. 18

Grafik 5: Diskriminierung: Sind SIE PERSÖNLICH / eine Ihnen nahestehende (Verwandte, Freunde, Bekannte – Personen, die SIE PERSÖNLICH KENNEN) NACH dem 24. Februar 2022 mit Manifestationen von Diskriminierung, negativer oder unfairer Behandlung aufgrund Ihrer belarusischen Herkunft, Staatsbürgerschaft oder Nationalität konfrontiert gewesen? (%)



Quelle: Alampiyeu, Aleh: *Belarusy Polschi: Otnoschenije k wojne, pomoschtsch Ukraine, diskriminazija* [»Belarus*innen in Polen: Verhältnis zum Krieg, Hilfe für die Ukraine, Diskriminierung«, Umfrage von Aleh Alampiyeu (mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung)], Mai 2022, S. 23

Grafik 6: Diskriminierung: Welcher Art von Diskriminierung, ungerechter Behandlung oder negativer Haltung aufgrund Ihrer belarusischen Herkunft, Staatsbürgerschaft oder Nationalität sind Sie persönlich NACH dem 24. Februar 2022 begegnet? (%; mehrere Antworten möglich)



Quelle: Alampiyeu, Aleh: *Belarusy Polschi: Otnoschenije k wojne, pomoschtsch Ukraine, diskriminazija* [»Belarus*innen in Polen: Verhältnis zum Krieg, Hilfe für die Ukraine, Diskriminierung«, Umfrage von Aleh Alampiyeu (mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung)], Mai 2022, S. 20

Die belarusische Diaspora: Erneuerte Solidarität

Tatsiana Kulakevich (University of South Florida)

Die politische Krise, die mit den Protesten vom Sommer 2020 begann, hat zu einer neuen Welle der Massenmigration aus Belarus beigetragen und die Politisierung der belarusischen Diaspora gefördert. Den vorliegenden Daten zufolge haben innerhalb des ersten Jahres seit den Ereignissen schätzungsweise 100.000 bis 150.000 Menschen das Land verlassen. Bei einer erwerbstätigen Bevölkerung von insgesamt rund 4,3 Millionen Menschen ist dies eine sehr hohe Zahl. Zugleich ist der Prozess noch nicht abgeschlossen. Angesichts der anhaltenden Repressionen im Land planen oder erwägen weiterhin viele Menschen die Ausreise. Auch im Zuge des Krieges in der Ukraine sind viele Belarussen wieder auf der Flucht, denn viele hatten in Kiew oder anderen ukrainischen Städten neu angefangen. Die neuen Migranten treffen auf eine Diaspora, die aus einer langen Geschichte mehrerer Auswanderungswellen hervorgegangen und in zahlreichen Ländern organisiert und politisch aktiv ist. Die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Swjatlana Zichanouskaja gibt der Demokratiebewegung im Ausland ein neues, international bekanntes Gesicht mit politischem Gewicht.

Bereits die Wahlkampagne im Frühjahr 2020 in Belarus, in der Kandidaten nicht zugelassen, verhaftet oder ins Exil getrieben wurden, und die friedlichen Massenproteste nach der gefälschten Präsidentenwahl gaben der Diaspora bemerkenswerten Aufschwung: Bestehende Auslandsorganisationen (unter anderem in den USA, Schweden, Großbritannien und Polen) wurden so gestärkt und neue Organisationen (unter anderem in Italien, Deutschland und der Tschechischen Republik sowie in den USA) registriert.

Diese neue Solidarität lässt sich an der hohen Beteiligung der belarusischen Diaspora an kontinuierlichen politischen Aktivitäten ablesen, mit denen auf Ungerechtigkeiten in Belarus aufmerksam gemacht wird. Daran zeigt sich auch, dass die außerhalb des Landes organisierte belarusische Demokratiebewegung eine wichtige Rolle spielt. Für Aljaksandr Lukaschenka erschwert das ein neuerliches Lavieren zwischen dem Westen und Russland. Das ist mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine allerdings mehr denn je in den Bereich des Udenkbaren gerückt, da Lukaschenka der russischen Führung gewährt, Belarus als Aufmarschgebiet für russische Truppen zu nutzen. In einer Zeit, in der die Opposition im Land selbst zunehmend unterdrückt wird, dient die Diaspora dabei als Stimme von außen, um demokratische Veränderungen einzufordern.

Vor der politischen Krise von 2020

Die Geschichte der Auswanderung aus der Region des heutigen Belarus beginnt zur Zeit des Großfürstentums Litauen: Damals studierten Hunderte junger Belarussen an Universitäten in West- und Mitteleuropa. Emigranten wie Francysk Skaryna, Ilja Kapijewitsch und andere berühmte Persönlichkeiten der belarusischen Kultur haben im Ausland prägend gewirkt.

Die Massenauswanderung setzt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein. Zu dieser Zeit wurden Migranten nicht als Belarussen erfasst, weil die zaristische Regierung diese Nationalitätsbezeichnung offiziell nicht zuließ und es ablehnte, das ethnografisch belarusische Gebiet unter eine einheitliche Verwaltung zu stellen. Obwohl die Zahlenangaben schwanken, liegen sie überwiegend in derselben Größenordnung: Zwischen 1860 und dem Beginn des Ersten Weltkriegs verließen etwa 1,5 Millionen Belarussen ihre Heimat. Die meisten gingen nach Sibirien, der Rest wanderte in Richtung Westen aus – nach Europa und in die USA. Diese Migrationswelle hatte einen vorwiegend wirtschaftlichen, teils aber auch politischen Hintergrund. Belarusische Juden wanderten in den 1850er Jahren aufgrund religiöser Verfolgung durch die Obrigkeiten aus.

Die Entstehung der belarusischen Diaspora

Die zweite Welle der belarusischen Emigration wurde durch den Ersten Weltkrieg und die revolutionären Ereignisse von 1917 ausgelöst. In den folgenden Jahren gab es in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) über zwei Millionen Flüchtlinge aus dem Gebiet des heutigen Belarus, mehr als 100.000 Menschen gingen in andere Länder. Mit der Proklamation der Belarusischen Volksrepublik (BNR) 1918 und der Gründung der Belarusischen Sozialistischen Sowjetrepublik (BSSR) im Jahr 1919 erhielt das erwachende Nationalbewusstsein einen Schub. Die Belarussen sahen sich zunehmend als eigenständige Gruppe.

Die Politisierung der belarusischen Diaspora begann in den 1920er Jahren in den USA: Zu dieser Zeit nahm die Führung der Rada BNR Kontakt zu neu gegründeten belarusischen Organisationen in New York, New Jersey, Chicago, Michigan und Pennsylvania auf und begann, mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Archivdokumente zeigen, dass die kommunistischen Führungen in Moskau und Minsk sogar Versuche unternahmen, belarusische Emigranten über die Schaffung pseudo-nationaler belarusischer Organisationen für die kommunistische Bewegung zu mobilisieren – um die Weltrevolution voranzutreiben. In seinem Buch *Belarusians in the United States* liefert Vitaut Kipel mit Gershan Duo-Bogen ein Beispiel eines kommunistischen Agenten, der daran beteiligt war, die kommunistische Bewegung auf der anderen Seite des Ozeans zu aktivieren.

Belarusen engagieren sich von den USA aus für nationale Selbstbestimmung

Der Zweite Weltkrieg führte zur dritten Auswanderungswelle. Bei Kriegsende zählte die belarusische Diaspora in Europa etwa eine Million Menschen, von denen es viele weiter in die USA zog. Die politischen Emigranten der 1950er Jahre und ihre Nachkommen bildeten die Basis der modernen belarusischen Diaspora. Diese nach dem Zweiten Weltkrieg in die USA eingewanderten Belarusen waren nationalbewusst. Sie setzten sich bei der US-Regierung mit Nachdruck dafür ein, den belarusischen Staat als nationale und ethnische Einheit mit dem Recht auf Freiheit und nationale Selbstbestimmung anzuerkennen. So hielten beispielsweise belarusische Priester laut Protokoll des US-Kongresses in den 1960er bis 1980er Jahren fast an jedem Jahrestag der Proklamation der BNR Eröffnungsgebete für den Kongress ab. Zum 50. Jahrestag der BNR-Gründung im Jahr 1968 verzeichnet das Protokoll 23 Redebeiträge im US-Kongress, die die Unabhängigkeit von Belarus unterstützten.

Von 1960 bis 1989 war kaum Auswanderung möglich

In den 1960er bis und 1980er Jahren wuchs die belarusische Diaspora nicht nennenswert an, weil die Emigration aus der Sowjetunion rechtlich nicht möglich war. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR, der massiven Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Lage in der Republik Belarus sowie den Folgen der Katastrophe von Tschernobyl im April 1986 erhöhte sich die Zahl der Ausreisen wieder deutlich. Im Jahr 1989 erlaubte die Sowjetrepublik dem Innenministerium zufolge 14.700 Menschen auszureisen. 1990 lag diese Zahl bei 34.100 Menschen und war damit mehr als doppelt so hoch.

Nachdem Aljaksandr Lukaschenka im Jahr 1994 an die Macht gekommen war, schwand die anfängliche Hoffnung der belarusischen Diaspora auf eine demokratische Zukunft. An ihre Stelle traten politische Aktivitäten, die von dem Gedanken geleitet waren, Belarus als unabhängigen demokratischen Staat zu erneuern. Die neuen belarusischen Migranten konnten sich im

Laufe der Zeit mit der älteren organisierten Diaspora in den USA, Kanada, Europa und anderen demokratischen Ländern auf gemeinsame Positionen verständigen. So wurde in den USA nach erheblichem Engagement der belarusischen Diaspora der Belarus Democracy Act von 2004 verabschiedet – ein US-Bundesgesetz, das erlaubte, politische Organisationen, NGOs und unabhängige Medien zu unterstützen, die sich für die Förderung von Demokratie und Menschenrechte in Belarus einsetzen. Diese Bewilligung wurde in den Jahren 2006, 2011 und 2020 erneuert.

Neue Migrationswelle nach den Repressionen in Belarus

Seit der Jahrtausendwende bis zum Jahr 2019 emigrierten jährlich schätzungsweise zwischen 10.000 und 20.000 Menschen aus Belarus. Das brutale Vorgehen gegen die Opposition nach den größten Protesten in der Geschichte des unabhängigen Belarus 2020/2021 löste dagegen eine beispiellose Migrationswelle aus. Im ersten Jahr nach August 2020 haben etwa 100.000 bis 150.000 Menschen Belarus verlassen. Viele gingen nach Lettland, Estland und noch weiter weg.

Nicht eingerechnet sind diejenigen, die nach Russland oder in die Ukraine übersiedelten, weil es kein Visum braucht, um in diese Länder zu reisen. Mit präzisen Zahlen ist es dort daher schwierig. Trotzdem lässt sich die Vorstellung einer Größenordnung bekommen: Laut den Zahlen, die der Staatliche Migrationsdienst der Ukraine herausgibt, stiegen die befristeten Aufenthaltsgenehmigungen für belarusische Staatsbürger dort beispielsweise um 39 Prozent (von 2175 im Jahr 2019 auf 3042 im Jahr 2021). Im Oktober 2020 unterzeichnete der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky zudem ein Dekret, das es Unternehmern und hochqualifizierten Fachkräften mit belarusischer Staatsangehörigkeit sowie deren Familienangehörigen erleichtert, eine Aufenthaltserlaubnis für die Ukraine zu erhalten. Infolgedessen sind seit der Protestwelle nach der Präsidentschaftswahl bis zu 1500 belarusische IT-Spezialisten aus politischen Gründen in die Ukraine emigriert.

Doch die meisten Belarusen gingen nach Polen. Laut Eurostat sind dort zwischen August 2020 und November 2021 knapp 2000 Asylanträge von belarusischen Staatsbürgern eingegangen – mehr als in jedem anderen EU-Land. Das ist ein eindrucksvoller Zuwachs, denn zwischen Anfang 2019 und September 2020 hatten Belarusen in Polen nur 165 Asylanträge gestellt. Nach Angaben des polnischen Außenministeriums hat das Nachbarland im Zeitraum von Juni 2020 bis Ende Juli 2021 zudem 178.711 Visa an Personen aus Belarus erteilt, darunter mehr als 20.000 »Poland.Business Harbour«-Visa, etwa für Programmierer und Unternehmer im IT-Bereich.

Das EU-Land mit der zweithöchsten Zahl von Asylanträgen aus Belarus ist Litauen: Dort beantragten 235 belarusische Bürger Asyl – von Anfang 2019 bis zum Beginn der Proteste waren es dagegen nur 35. Nach den Zahlen der litauischen Migrationsbehörde hat das Land von September 2020 bis November 2021 zudem 26.200 nationale Visa an belarusische Bürger ausgestellt.

Die Politisierung der Diaspora nach den Protesten in Belarus

Nach dem Ausbruch der Krise hat sich die belarusische Diaspora innerhalb weniger Monate weltweit zu einer ernstzunehmenden Kraft mit politischem Einfluss entwickelt. Ihre Aktivitäten sind jetzt eng mit neuen politischen Kräften verknüpft, etwa dem Koordinationsrat von Belarus, dem Büro der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Swjatlana Zichanouskaja und dem NAM (Nationales Antikrisen-Management).

Der Koordinationsrat von Belarus wurde im August 2020 von Zichanouskaja im litauischen Exil ins Leben gerufen, um auf eine friedliche Machtübergabe hinzuwirken und die Krise im Land zu überwinden. Er versteht sich als das ausschließliche Repräsentativorgan der demokratischen belarusischen Gesellschaft. Die Arbeitsgruppen des Rats befassen sich unter anderem damit, Bildungsinitiativen zu entwickeln, Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und über Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen zu informieren, die ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Das Büro von Swjatlana Zichanouskaja ist eine separate Einrichtung. Es besteht aus ihr selbst, acht Beratern für nationale und internationale Angelegenheiten sowie Kommunikationsmitarbeitern.

Über die Autorin

Dr. *Tatsiana Kulakevich* ist Assistenzprofessorin an der University of South Florida School of Interdisciplinary Global Studies, zudem Forschungsstipendiatin und assoziierte Dozentin am USF Institute on Russia. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen internationale politische Ökonomie, Migration und Ethnopolitik. Ihre Analysen sind unter anderem erschienen in *The Washington Post*, *The Globe Post* und im *Journal of Belarusian Studies*. Seit dem Krisenjahr 2020 in Belarus hat sie vielfach über die Proteste geschrieben und wurde für einen ihrer sozialwissenschaftlichen Artikel vom Internationalen Kongress für Belarusische Studien ausgezeichnet.

Die Redaktion der Belarus-Analysen freut sich, dekode.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem Qualitätsjournalismus in Osteuropa eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekode für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die von Pawel Latuschka im Oktober 2020 gegründete Organisation NAM (Nationales Antikrisen-Management) in Warschau arbeitet mit dem Koordinationsrat und Zichanouskajas Büro zusammen. Zudem gibt es zahlreiche Initiativen, darunter ByPol, das von ehemaligen Sicherheitskräften gegründet wurde, und BySol für Sportler, ein Projekt von Sportfunktionären und Athleten.

Die belarusische Diaspora hat viele Anstrengungen unternommen, um sich weltweit zu vernetzen und sich in das Ringen um ein künftiges Belarus einzubringen. Ein Beispiel dafür ist die neu gegründete Organisation Association of Belarusians in America (ABA), die Repräsentanten belarusischer Communitys aus 25 Städten in 18 US-Staaten verbindet. Das Büro von Swjatlana Zichanouskaja organisierte im September 2021 eine Konferenz der Belarusen der Welt in Vilnius und brachte Vertreter belarusischer Communitys aus über 27 Ländern und 40 Organisationen zusammen.

Durch die Repressionen sind die Proteste 2021 abgeebbt. Infolge der brutalen Unterdrückung durch die belarusische Regierung und mit der Rückendeckung durch Russland bestand kaum noch Aussicht, etwas zu erreichen. Gleichwohl ist zu erwarten, dass die neu erstarkte und vereinte Diaspora sowie die organisierten demokratischen Kräfte von außen weiter und stärker als vor dem Krisenjahr 2020 eine demokratische Zukunft für Belarus einfordern und denjenigen helfen werden, die unter den Repressionen des Lukaschenka-Regimes leiden.

Übersetzung aus dem Russischen von Anselm Bühling

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Dr. Astrid Sahm, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

🐦 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>